

Vol. 19



An Interdisciplinary Series of the
Centre for Intercultural and European Studies
Fulda University of Applied Sciences

Juliana Damm, Maren Mlynek

DIE AFD UND GEFLÜCHTETE

WAS RECHTE IDEOLOGIE
GESELLSCHAFTLICH BEWIRKT

ibidem

Juliana Damm

Maren Mlynek

DIE AFD UND GEFLÜCHTETE

Was rechte Ideologie
gesellschaftlich bewirkt

**AN INTERDISCIPLINARY SERIES
OF THE CENTRE FOR INTERCULTURAL AND EUROPEAN STUDIES**

**INTERDISZIPLINÄRE SCHRIFTENREIHE
DES CENTRUMS FÜR INTERKULTURELLE UND EUROPÄISCHE STUDIEN**

CINTEUS • Fulda University of Applied Sciences • Hochschule Fulda
cinteus@sk.hs-fulda.de
www.cinteus.eu

ISSN 1865-2255

- 14 *Agnieszka Satola*
Migration und irreguläre Pflegearbeit in Deutschland
Eine biographische Studie
ISBN 978-3-8382-0692-9
- 15 *Vera Axyonova (ed.)*
European Engagement under Review
Exporting Values, Rules, and Practices to the Post-Soviet Space
ISBN 978-3-8382-0860-2
- 16 *Işıl Erduyan*
Multilingual Construction of Identity
German-Turkish Adolescents at School
ISBN 978-3-8382-1201-2
- 17 *Hans-Wolfgang Platzer*
Bronislaw Huberman und das Vaterland Europa
Ein Violinvirtuose als Vordenker der europäischen
Einigungsbewegung in den 1920er und 1930er Jahren
ISBN 978-3-8382-1354-5
- 18 *Aileen Heid*
Erinnerungspolitik
Nordirlands langer Weg zum Frieden
ISBN 978-3-8382-1351-4
- 19 *Juliana Damm, Maren Mlynek*
Die AfD und Geflüchtete
Was rechte Ideologie gesellschaftlich bewirkt
ISBN 978-3-8382-1448-1

Series Editors

Volker Hinnenkamp
Gudrun Hentges
Anne Honer †
Hans-Wolfgang Platzer

Juliana Damm

Maren Mlynek

DIE AFD UND GEFLÜCHTETE

Was rechte Ideologie
gesellschaftlich bewirkt

ibidem
Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

ISBN-13: 978-3-8382-7448-5

© *ibidem*-Verlag, Stuttgart 2021

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Vorwort

Die vorliegende Studie verbindet zwei Forschungsbereiche: die Rechtsextremismusforschung und die empirische Integrations- und Migrationsforschung. Wir blicken also in beiden Bereichen auf eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft, die sowohl in den Medien als auch in der politischen Bildung breit rezipiert wird.

Ungeachtet der hier skizzierten Ausdifferenzierung der Forschungslandschaft kommt es selten vor, dass diese beiden Bereiche aufeinander bezogen werden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen existieren keine Institute oder Netzwerke, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Wechselwirkungen zwischen dem Aufstieg der extremen Rechten und der Lebenssituation von Migrant*innen, Neuzuwander*innen oder Geflüchteten systematisch zu untersuchen. Dies mag der Tatsache geschuldet sein, dass es sich bei der AfD, die seit 2017 in allen Parlamenten vertreten ist, um ein recht neues Phänomen handelt, das erst nach und nach wissenschaftlich untersucht wird.

Umso wichtiger ist es, die beiden Forschungsfelder Rechtsextremismusforschung und empirische Integrations- und Migrationsforschung aufeinander zu beziehen, um der Frage nachzugehen, zu welchen Wechselwirkungen es hier kommt. Aus repräsentativen Studien wie der Leipziger Autoritarismus-Studie (2018) oder der »Mitte-Studie« der Friedrich Ebert Stiftung (2019) wissen wir, dass jede zweite befragte Person dazu neigt, Asylsuchende abzuwerten, wobei diese Ressentiments in Ostdeutschland stärker ausgeprägt sind als in Westdeutschland. Obgleich die Zahl der Asylsuchenden seit 2016 rückläufig ist, lässt sich dennoch seitdem ein Anstieg der Abwertung von Asylsuchenden verzeichnen. Weit verbreitet ist die Abwertung von Sinti und Roma; auch fremdenfeindliche und muslimfeindliche Einstellungen werden von einem Fünftel der befragten Personen geteilt.

Ein weiteres Ergebnis der »Mitte-Studie« ist, dass jede fünfte befragte Person dezidiert rechtspopulistischen Einstellungen zuneigt; bei 42 % der Befragten lässt sich eine Tendenz zum Rechtspopulismus konstatieren. Diese Einstellungen haben sich, so das Ergebnis der »Mitte-Studie«, seit 2014 verfestigt und sind somit in der gesellschaftlichen Mitte normaler geworden. Charakteristisch für rechtspopulistische Einstellungen sind ein Misstrauen in die Demokratie, eine Zustimmung zu einem Autoritarismus sowie eine Abwertung von Migrant*innen, Muslimen und Muslima, Asylsuchenden und Sinti und Roma. Mit Blick auf die von der AfD verbreitete rassistische Hetze ist es nicht weiter verwunderlich, dass diese Ressentiments vor allem innerhalb

der Gruppe der AfD-Sympathisant*innen und AfD-Wähler*innen besonders stark ausgeprägt sind.

Diese Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: Relevante Teile der Bevölkerung haben eine Affinität zu rechtspopulistischen Einstellungen: Sie hegen ein Misstrauen in die Demokratie, befürworten einen Law-and-Order Autoritarismus und haben rassistische Einstellungen gegenüber Minderheiten. Während repräsentative Studien die Einstellungen in der Bevölkerung erheben, treffen sie weder eine Aussage darüber, welche Ideologien in welcher Weise seitens der extremen Rechten verbreitet werden, noch untersuchen sie, wie diese Ideologien von den betroffenen Personen – vor allem von Asylsuchenden – wahrgenommen werden.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Studie an, indem sie folgender Forschungsfrage nachgeht: Welche Auswirkungen hat die Verbreitung der rassistischen Programmatik und Ideologie auf die Lebenssituation von Geflüchteten?

Hier handelt es sich um ein Forschungsdesiderat, dem sich die vorliegende Studie widmet. In einem ersten Schritt untersucht diese Studie die Programmatik und Ideologie der AfD; dazu zählen neben den parlamentarischen Initiativen auch die öffentlichen Auftritte von Funktionär*innen und die Netzwerke, die zwischen den AfD-Abgeordneten und Organisationen der extremen Rechten bestehen. In einem zweiten Schritt präsentiert diese Studie die Ergebnisse von Interviews, die die beiden Verfasserinnen mit Expert*innen geführt haben. Somit gewinnen die Leser*innen einen Einblick in die Lebenswelt von Geflüchteten, vermittelt über die folgenden beruflichen Felder: freie Jugendhilfe, Frauenfachberatungsstelle, Flüchtlingszentrum, Weiterbildungseinrichtung, Beratungsstelle für Geflüchtete und Rotes Kreuz. Die Daten, die mittels der Interviews erhoben und inhaltsanalytisch ausgewertet wurden, dokumentieren auf beeindruckende Weise, dass sich die rechtlichen Regelungen aufgrund des Einzugs der AfD in den Deutschen Bundestag verschärft haben. Die Interviews lassen deutlich werden, dass sich die Repräsentation und die Wahrnehmung von Geflüchteten in der Öffentlichkeit unter dem Einfluss der rassistischen Hetze der AfD geändert haben. Auch zeichnen die Interviews nach, in welcher Weise Barrieren existieren, die eine gesellschaftliche Teilhabe der Geflüchteten erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Nicht zuletzt zeigt das empirische Material, dass – und in welcher Weise – diese Erfahrungen der Ausgrenzung und Diskriminierung auch zu einer Zunahme psychischer Belastungen führen.

Eine theoretische Rahmung erfolgt unter Bezugnahme auf Zygmunt Baumanns »Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit« (2005), vor allem mit Blick auf seine Theorie zu Fremden als Träger von Ambivalenz. Baumanns Theorie zum Umgang der Moderne mit Fremdheit kann durch die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Studie bestätigt werden. So spielen Exklusion und Assimilation eine bedeutsame Rolle im Alltag von Geflüchteten. Die radikalste Form der Exklusion ist nach Bauman die Ausweisung aller Fremden – ein Ziel, das explizit von der AfD verfolgt wird.

Zugleich finden sich in Baumanns »Moderne und Ambivalenz« auch positive Ansätze. Bauman beschreibt, dass der Übergang zur Postmoderne mit einer Emanzipation einhergehe, so dass die Andersartigkeit ihren Schrecken verliere und auch Ambivalenz ausgehalten werden könne. Dieser Prozess der Emanzipation markiere das Ende der Furcht und den Anfang der Toleranz – jedoch nicht Toleranz im Sinne eines Desinteresses oder einer Gleichgültigkeit gegenüber dem Fremden, sondern Toleranz im Sinne von Respekt gegenüber der Fremdheit:

»Meine Verbindung zu dem Fremden enthüllt sich als Verantwortung, nicht einfach als indifferente Neutralität oder selbst kognitive Anerkennung der Ähnlichkeit der Lage [...]. Sie enthüllt sich mit anderen Worten, als Gemeinsamkeit des Geschicks, nicht als bloße Ähnlichkeit des Schicksals. Ein gemeinsames Schicksal würde auch mit wechselseitiger Toleranz auskommen; ein geteiltes Geschick erfordert Solidarität.« (Bauman 2005: 371)

Auch wenn diese Formen der Solidarität nicht im Zentrum der Studie stehen, konnte eine Auswertung der Experteninterviews dennoch verschiedene zarte Pflanzen der Solidarität zu Tage fördern, u.a. im Bereich »Angebote und Vernetzung«. Thematisiert wurde die Etablierung von ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen, der Ausbau von Strukturen und der vereinfachte Zugang zu Sprachkursen. Die Expert*innen stellten in ihren Interviews ferner fest, dass sich Gegenbewegungen zu den flüchtlingsfeindlichen Diskursen entwickeln, sie konstatierten eine starke politische Positionierung von Initiativen und Einzelpersonen und eine zunehmende Sensibilisierung von Sozialarbeiter*innen. All dies könne dazu beitragen, die Lebenssituation von Geflüchteten zu verbessern.

Kurz vor seinem Tod (9. Januar 2017) plädiert Bauman eindringlich für die Solidarität als »Ausweg aus der Krise, in der die Menschheit sich befindet«:

»Angst, Hass, Ressentiment und Ausgrenzung setzen eine sich selbst erfüllende Prophezeiung in Gang. Inklusion und Integration sind die stärksten Waffen des Westens. Es gibt keinen anderen Ausweg aus der Krise, in der die Menschheit sich befindet, als Solidarität. Die Entfremdung, die Barriere zwischen uns und den Fremden, den Etablierten und den Außenseitern, muss überwunden werden. Der erste Schritt dazu ist die Aufnahme eines Dialogs. Aus Fremden müssen Nachbarn werden.« (Zygmunt Bauman, in: Der Spiegel v. 7.9.2016)

Hervorgegangen aus dem Masterstudiengang »Interkulturelle Kommunikation und Bildung«, Universität zu Köln, ist es das große Verdienst der beiden Verfasserinnen, Juliana Damm und Maren Mlynek, dass sie einerseits die Propaganda und Agitation der AfD, die sich in einem sehr hohen Maße gegen Geflüchtete richtet, analysiert haben und dass sie andererseits ausgelotet haben, in welcher Weise diese Ideologien einen negativen Effekt auf die Lebenssituation von Geflüchteten haben. Eine Erforschung der Solidarität als »Ausweg aus der Krise, in der die Menschheit sich befindet«, wäre ein möglicher nächster Schritt; auch hier finden sich im erhobenen Material einige erste Hinweise, die Hoffnung machen.

Köln, im November 2020
Gudrun Hentges

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Glossar.....	15
1. Einleitung	21
2. Theoretischer Hintergrund	27
2.1 Rechtspopulismus – Eine Definition	27
2.2 Rechtsextremismus – eine Definition	31
2.3 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Vergleich	35
3. Die »Alternative für Deutschland« – eine neue Rechtsaußen-Partei im deutschen Parlament	39
3.1 Die Entwicklung der »Alternative für Deutschland«	39
3.1.1 Die Anfänge der AfD: Entwicklungen von 2013 – 2015	45
3.1.2 Der Weg zu neuen Themenschwerpunkten: Entwicklungen von 2015 – 2017	49
3.1.3 Nach Einzug in den deutschen Bundestag: Entwicklungen von 2017 – 2018	53
3.2 Gründe für die (Wahl-)Erfolge der AfD	54
4. Die Politik der AfD: Positionen zu Migration, Geflüchteten und dem Islam	59
4.1 Methodisches Vorgehen: Quellenbasierte Analyse der AfD-Politik	59
4.2 Programmatische Ebene: Das »Programm für Deutschland«	63
4.3 Ideologische Ebene: Parlamentarische Initiativen, öffentliche Auftritte und rechte Netzwerke	72
4.3.1 Parlamentarische Initiativen und das Auftreten der AfD-Fraktion im Bundestag	72
4.3.1.1 Forschungsstand: Die AfD in deutschen Parlamenten	72
4.3.1.2 Die AfD im Bundestag: Parlamentarische Initiativen und Auftritte	75
4.3.2 Öffentliches Auftreten von FührungsfunktionärInnen der AfD	96
4.3.3 Netzwerke zwischen Abgeordneten der AfD und Organisationen der extremen Rechten	108
4.4 Zwischenfazit: Der Einfluss der AfD auf Politik und Öffentlichkeit	114

5.	Forschungsstand: Die Lebenssituation(en) Geflüchteter in Deutschland	121
6.	Forschungsdesign des qualitativ empirischen Teils	127
6.1	Erhebungsmethode.....	127
6.1.1	Methodenwahl: Das explorative ExpertInneninterview	128
6.1.2	Das methodische Vorgehen bei der Datenerhebung	131
6.1.2.1	Die Auswahl der ExpertInnen	131
6.1.2.2	Operationalisierung der Forschungsfrage.....	132
6.1.2.3	Durchführung der ExpertInneninterviews.....	136
6.2	Auswertungsmethode	137
6.2.1	Methodenwahl: Inhaltsanalytische Technik zur Auswertung von Leitfadeninterviews nach Christiane Schmidt.....	137
6.2.2	Das methodische Vorgehen bei der Datenauswertung.....	138
7.	Fallvorstellungen.....	145
7.1	Amelie Voß: Anerkannter Träger der freien Jugendhilfe	145
7.2	Nadine Koppe: Frauenfachberatungsstelle.....	145
7.3	Bayan Sarwari: Flüchtlingszentrum.....	146
7.4	Stefan Altemeyer: Weiterbildungseinrichtung – Fremd- und Zweitsprachen	146
7.5	Robert Erlinger: Freier Träger der Jugendhilfe	146
7.6	Martin Gerhards: Beratungsstelle für Geflüchtete.....	147
7.7	Elena Kamphaus: Deutsches Rotes Kreuz, Organisation für Geduldete.....	147
8.	Darstellung, Interpretation und Diskussion der zentralen Ergebnisse .	149
8.1	Darstellung und Interpretation der Ergebnisse.....	149
8.1.1	Verschärfungen rechtlicher Regelungen.....	149
8.1.2	Darstellung und Wahrnehmung Geflüchteter in der Öffentlichkeit	161
8.1.3	Gesellschaftliche Teilhabe Geflüchteter.....	175
8.1.4	Diskriminierung Geflüchteter.....	180
8.1.5	Psychische Belastungen.....	186
8.2	Theoretische Rahmung der Ergebnisse: Zygmunt Bauman – Fremde als RepräsentantInnen von Ambivalenz.....	195
8.2.1	Ambivalenz als zentrales Kennzeichen des Fremden in der Moderne.....	195
8.2.2	Der Umgang mit Fremdheit in der Moderne.....	199
8.2.3	<i>Exkurs:</i> Solidarität in der Postmoderne.....	202
8.3	Diskussion der zentralen Ergebnisse.....	204

9. Fazit.....	211
10. Anhang.....	215
11. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	237
11.1 Quellenverzeichnis.....	237
11.2 Literaturverzeichnis.....	242

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
AFD	Alternative für Deutschland
apabiz	Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers/ der Verfasserin
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DVU	Deutsche Volksunion
EU	Europäische Union
HDJ	Heimattreue Deutsche Jugend
IB	Identitäre Bewegung
IfS	Institut für Staatspolitik
JA	Junge Alternative
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
SOFI	Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
taz	Die Tageszeitung
TTIP	Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft
UmF	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
vs.	versus

Glossar

Alle Begriffe, die das Glossar beinhaltet, sind im folgenden Text mit einem * markiert.

Antiziganismus: Unter Antiziganismus versteht man sowohl »Bilder und Vorurteile, die sich Menschen von vermeintlichen ›Zigeunern‹ machen, als auch die Stigmatisierung von Menschen zu ›Zigeunern‹ und die daraufhin folgende Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung« (End 2011: online).

Autoritarismus: Der Begriff des Autoritarismus zielt auf zwei unterschiedliche Bedeutungen ab. In der Politikwissenschaft bezeichnet er zum einen »ein recht vielschichtiges Ordnungs- und Herrschaftsprinzip und zielt im Kern auf die Spielregeln einer Gesellschaft mit eindeutigen Hierarchien patriarchaler Prägung« (Butterwegge 2002: 41). Anders als im diktatorischen Totalitarismus wird oft ein gewisser Pluralismus zugelassen. Anstelle grundlegender Ideologien greift der Autoritarismus »auf vermeintlich ewigwährende, allgemeine Wertvorstellungen sowie traditionelle Sittenmuster zurück« (Staud/ Radke/ Kleffner 2014: online). Zum anderen bezeichnet der Begriff in der Sozialpsychologie Autoritarismus als Persönlichkeitsstruktur. Dieser Struktur liegen antidemokratische und -pluralistische Einstellungen zugrunde, sowie die Zustimmung zu festen Hierarchien und totalem Gehorsam: »Autoritäre Charaktere gelten als besonders anfällig für Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.« (Staud/ Radke/ Kleffner 2014: online)

Deutschnationalismus: Der Begriff Deutschnationalismus meint politische Bestrebungen innerhalb Österreichs (und Deutschlands), die eine Anbindung des deutschsprachigen Österreichs an Deutschland fordern. Diese gehen vor allem auf das Ende des 19. Jahrhundert zurück und gipfeln schließlich im Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938. (Vgl. Pelinka 2002: 7f.) In Deutschland kann Deutschnationalismus als Form eines völkischen Nationalismus verstanden werden, der alle Nicht-Deutschen aus der Nation ausschließen will.

Faschismus: Faschismus ist die ursprüngliche Selbstbezeichnung einer rechtsextremen Bewegung in Italien zwischen den 1920er bis 1940er Jahren unter der Führung Mussolinis, der als Diktator deutliche Parallelen zu seinem Verbündeten Hitler aufweist. Später wurde der Begriff als Oberbegriff für nationalistische und anti-liberale Regime europaweit eingesetzt, die nach Ende des Ersten Weltkriegs entstanden sind. Auch heute wird der Begriff umgangssprachlich häufig für rechtsextreme Ideologien oder Bewegungen synonym eingesetzt. (Vgl. Staud/ Radke/ Kleffner 2014: online) Der Begriff des **Neofaschismus** bezeichnet dementsprechend Strömungen, die nach 1945 an die Tradition des Faschismus anknüpfen.

Geschichtsrevisionismus: Als elementarer Bestandteil rechtsextremer Ideologien verfolgt Geschichtsrevisionismus das Ziel, historische Gegebenheiten z.B. über die Zeit des Nationalsozialismus umzudeuten, um so die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren. Dafür werden bspw. Fakten manipuliert oder historische Dokumente absichtlich fehlinterpretiert. Dahinter steht die politische Motivation, eigene politische Positionen zu verharmlosen und zu entlasten. (Vgl. Staud/ Radke/ Kleffner 2014: online)

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Der Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist auf den Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer zurückzuführen. Damit sollen feindselige Einstellungen in der Bevölkerung in den Blick genommen werden, die jenseits organisierter rechtsextremer Strukturen liegen und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder eines anderen Lebensstils stigmatisieren und ausgrenzen. (Vgl. Heitmeyer 2002: 19ff.) Menschen werden anhand »eines oft einzigen gemeinsamen Merkmals in Gruppen eingeteilt« (Küpper/ Zick 2015: online), einhergehend mit einer Vorstellung von Ungleichheit, wie sie bspw. dem Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus zugrunde liegt (vgl. Heitmeyer 2002): »Damit ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch ein Kernelement rechtsextremer Einstellungen, die sich dort u.a. in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, aber auch in Sexismus und Homophobie ausdrücken.« (Küpper/ Zick 2015: online)

Institutionelle Diskriminierung: Institutionelle Diskriminierung bezeichnet die Benachteiligung von Personen(gruppen), die nicht auf individuelle Einstellungen oder Handlungen zurückzuführen sind. Ursache für institutionelle Diskriminierungen stellen vielmehr Strukturen und/ oder Verfahrensweisen von Institutionen dar, »die auch dann diskriminierende Auswirkungen haben, wenn die handelnden Personen in der Institution weder stereotype Vorstellungen über Eigenschaften von Gruppen noch benachteiligende Absichten haben« (Scherr 2016: online).

Laut Stuart Hall werden die Mechanismen der institutionellen Diskriminierung »auf informellen und unausgesprochenen Wegen durch ihre Routinen und täglichen Verfahren als ein unzerstörbarer Teil des institutionellen Habitus weitergegeben. Diese Art von Rassismus wird Routine, gewohnt, selbstverständlich.« (Hall 2001: 165). Institutionelle Diskriminierung stellt, im Vergleich zum Begriff des institutionellen Rassismus, eine allgemeinere analytische Kategorie dar, bei der nicht im Vorfeld festgelegt wird, welche Unterschiede für die Diskriminierung ausschlaggebend sind (vgl. Gomolla 2010: 78).

Militarismus: Unter Militarismus versteht man die Verehrung und übermäßige Betonung des Militärischen (vgl. Butterwegge 2002: 43). Militärische Vorgehensweisen und Vorstellungen sollen dabei zur Basis von Staat und Gesellschaft werden und somit auch einen starken Einfluss auf die Zivilgesellschaft ausüben (vgl. Schneider/Toyka-Seid 2019: online).

Nationalismus: Beim Nationalismus wird die Bedeutung des eigenen Nationalstaats in Abgrenzung zu anderen betont, wobei neben Unterdrückung auch Emanzipation das Ziel sein kann (vgl. Butterwegge 2002: 31ff.). Dabei glorifiziert der Nationalismus in der Regel die eigene Nation und setzt gleichzeitig andere Nationen herab. Nationalismus kann also als »übersteigertes Bewusstsein vom Wert und von der Bedeutung der eigenen Nation« (Thurich 2011b: online) beschrieben werden; daraus entwickelt sich die Intention, auch alle anderen Nationen nach den eigenen Vorstellungen etablieren zu wollen. (Vgl. Thurich 2011b: online)

Nationalkonservatismus: Nationalkonservatismus stellt eine besondere Ausprägung des Konservatismus dar, wobei die (deutsche) Nation den zentralen Ausgangspunkt darstellt: »Der Nation also ist in dieser spezifischen Ausprägung des Konservatismus alles andere unterzuordnen.« (Liebl o.J.: 32)

Nationalsozialismus: Der Nationalsozialismus fand in Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDPA) von 1933 bis 1945 statt. Die Entwicklung der totalitären Diktatur zeichnete sich durch seine völkische, antisemitische und nationalrevolutionäre Ideologie aus. (Vgl. Thamer 2013: online)

Neoliberalismus: Der Neoliberalismus stellt eine Form des Liberalismus dar und basiert auf den Vorstellungen einer freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, bei der Merkmale wie bspw. freie Preisbildung sowie Wettbewerbs- oder Gewerbefreiheit angestrebt werden. Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftssystem werden zwar nicht gänzlich abgelehnt, sollen jedoch auf ein Minimum beschränkt werden. Die Mehrzahl der Wirtschaftsformen westlicher Industrienationen basieren auf den Prinzipien des Neoliberalismus, wie auch bspw. die soziale Marktwirtschaft Deutschlands. (Vgl. Duden Wirtschaft von A bis Z 2016: online)

Neue Rechte: Der Begriff Neue Rechte bezeichnet in der Wissenschaft eine Intellektuellengruppe, »die sich hauptsächlich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik stützt, eher ein Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen darstellt und mit einer ›Kulturrevolution von rechts‹ einen grundlegen-

den politischen Wandel vorantreiben will« (Pfahl-Traugber 2019: online). Grundle- gend für die Neue Rechte ist die Annahme, ein geistiger Wandel müsse einem poli- tischen Wandel vorausgehen, wie auch Bezeichnungen wie »Kampf um die Köpfe« der Neuen Rechten deutlich machen. Die Neue Rechte setzt weniger auf politische Parteien, sondern betrachtet sich als deren Vordenker. Dennoch finden teilweise auch Annäherungen zwischen den jeweiligen AkteurlInnen statt. Anders als der tradi- tionelle Rechtsextremismus beruft sich die Neue Rechte nicht auf den Nationalso- zialismus, sondern auf die Konservative Revolution, die auf die aktuelle Situation übertragen werden soll. Die Neuen Rechten gehen von einem identitären Demokra- tieverständnis aus, bei dem ein völkischer Nationalismus die Menschenrechte als Orientierungspunkt ablösen sollte. Menschenrechte sollen also nicht für Einzelne, sondern für Völker gelten. (Vgl. Pfahl-Traugber 2019: online)

Protektionismus: Protektionismus bezeichnet einen staatlichen Eingriff ins Wirt- schaftssystem zum Schutz inländischer ErzeugerInnen und/ oder Produkte. Maß- nahmen, die Protektionismus zum Ziel haben, umfassen alle Formen von Einschränk- ungen des Handelns, wie bspw. Zölle oder Einfuhrkontingente. Protektionismus steht damit im Gegensatz zu Freihandel in der Wirtschaft. (Vgl. Duden Wirtschaft von A bis Z 2016: online)

Rassismus: Albert Memmi (1992: 103) definiert Rassismus als »die verallgemei- nerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nut- zen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen«. Rassismus wird als Ausgangs- punkt für Rechtsextremismus betrachtet und geht nicht nur von Individuen aus, son- dern ist auch in Institutionen verankert. Rassismus bezeichnet eine Einstellung, bei der Menschen aufgrund ihrer genetischen (»Rasse«) oder kulturellen Abstammung (Ethnie) abgewertet und ausgeschlossen werden. (Vgl. Butterwegge 2002: 27f.) Ras- sismus ist also eine Ideologie, die Ungleichwertigkeit propagiert, indem Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder ethnischen Zugehörigkeit in ver- schiedene Gruppen eingeteilt werden. Dabei werden den anderen Gruppen (i.d.R. negative) Attribute zugewiesen, während die eigene Gruppe als überlegen angese- hen wird. Aus dieser Überlegenheit heraus werden Benachteiligung, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt gerechtfertigt. Neben einem biologistischen Rassismus, der die Menschen anhand von konstruierten »Rassen« in unterschiedliche Gruppen einteilt, ist heute vor allem ein kulturalistischer Rassismus verbreitet. Dieser so ge- nannte **Ethnopluralismus** basiert auf der Annahme, dass verschiedene Völker über unterschiedliche kulturelle Identitäten verfügen, die voneinander getrennt werden

müssen. (Vgl. bpb 2014: online) Dabei wird vordergründig zwar keine Ungleichwertigkeit propagiert, dennoch kann in diesem Fall von **Neo-Rassismus** (vgl. Balibar 1998) gesprochen werden.

Sexismus: Sexismus bezeichnet die klare Trennung zwischen den Geschlechtern und vertritt ein bestimmtes Rollenverständnis, bei dem die Emanzipation der Frauen »als Fehlentwicklungen« (Butterwegge 2002: 39) interpretiert und Gleichberechtigung abgelehnt wird (vgl. ebd.: 39f.).

Sozialdarwinismus: Unter Sozialdarwinismus versteht man die direkte Übertragung der Evolutionstheorie von Darwin auf Menschen, Völker und »biologische« Nationen. Daraus wird eine Überlegenheit bestimmter Menschengruppen aufgrund ihrer »Stärke« abgeleitet. (Vgl. Butterwegge 2002: 36f.) Sozialdarwinismus ist eine Form von Biologismus, da biologische Maßstäbe auf andere Aspekte übertragen werden. Dies gilt auch für die modernere Soziobiologie, bei der genetische Unterschiede anstelle von rassistischen benutzt werden. (Ebd.: 37f.) Sozialdarwinismus geht über den ethnisch fundierten Rassismus hinaus, da hier auch die Diskriminierung von vermeintlich »unwertem Leben« inkludiert wird (vgl. Stöss 2010: 58).

Völkischer Nationalismus: Wesentliche Bestandteile eines völkischen Nationalismus sind laut Kellershohn et al.:

»[...] ein Verständnis von Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation bzw. der Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Elite- und/oder Führerkult, die Heroisierung des opferbereiten und dienstbaren Bürgers/Volksgenossen, ein dichotomisches Freund-Feind-Denken, ein biopolitisches Verständnis des ›Volkskörpers‹ und der Primat der Außenpolitik, basierend auf der Idee des nationalen Machtstaates und geopolitischen Imperativen verpflichtet.« (Kellershohn et al. 2014: 25f.)

Das Kernelement des völkischen Nationalismus stellt also vor allem die Gleichsetzung von einem homogenen Volk mit der Nation dar, wobei das Volk über die einzelnen Individuen gestellt wird. Der Staat nimmt eine starke Rolle ein. Zudem verfolgt die Ideologie eine klare Einteilung nach dem Freund-Feind-Schema, wobei all jene als Feind gelten, die nicht dem homogenen Volk entsprechen. (Vgl. Kellershohn 1998: 23ff.)

1. Einleitung

Europa- und sogar weltweit lässt sich ein Erstarren rechter Kräfte feststellen, die damit an Einfluss in nationalen und internationalen Zusammenhängen gewinnen. Der moderne Rechtspopulismus ist demzufolge »ein globales Phänomen, das vor allem aus dem politischen Leben vieler europäischer Staaten sowie ihrem Regierungs- und Parteiensystem kaum mehr wegzudenken ist« (Butterwegge/ Hentges/ Wiegel 2018: 9). In Deutschland kann die »Alternative für Deutschland« (AfD) als zentrale Akteurin rechter Zusammenschlüsse auf der parteipolitischen Bühne beschrieben werden, die spätestens seit ihrem Einzug in den Bundestag im Oktober 2017 vermehrt auf Gesellschaft und Politik in Deutschland einwirken kann. Dass Rechtsaußen-Parteien¹ weltweit an Zustimmung gewinnen, ist von diversen Faktoren abhängig, die sich gegenseitig bedingen und die (Wahl-)Erfolge rechter Projekte ermöglichen. Diese Untersuchung wählt die AfD als einen Zugang, um die aktuellen Verschiebungen des politischen Lagers als gesellschaftspolitisches Phänomen in Deutschland im Detail untersuchen zu können. Dabei stellt der Einzug der AfD in alle Landesparlamente sowie in den Deutschen Bundestag am 24. Oktober 2017 »die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im deutschen Parteiensystem« (Decker 2015: 75) und somit »eine Zäsur in der bundesdeutschen Demokratie und Parlamentsgeschichte« (Häusler 2018: online) dar. Aus diesem Grund bezieht sich die Studie auf Entwicklungen der Partei, die bis zum 24. Oktober 2018 stattgefunden haben. Das einjährige Bestehen der AfD-Fraktion im Bundestag ist somit Anknüpfungspunkt der vorliegenden Untersuchung und findet vor allem bei der Analyse der AfD-Politik Beachtung. In einigen Fällen werden bedeutende Ereignisse thematisiert, die nach dem 24. Oktober 2018 liegen, da sie von den Verfasserinnen für die Analyse als relevant betrachtet werden.

Nach einer zunächst vorwiegend neoliberalen Ausrichtung mit der Fokussierung auf euro- und EU-kritische Themen vollzog sich spätestens auf dem Parteitag 2015 ein »politischer Richtungswechsel« (Hentges/ Platzer 2017: 8) der AfD. Dabei rückten vor allem Themen der Migrations- und Asylpolitik in das Zentrum der AfD-Ideologien, die sich nun auch vermehrt in öffentlichen Auftritten und in der parlamentarischen Arbeit der Partei zeigen. (Vgl. ebd.: 7f.)

1 Im Folgenden wird der Begriff »rechtsaußen« (Spier 2016: 259) eingesetzt. Der Begriff ermöglicht es darunter all jene Parteien zu fassen, »die sich rechts der etablierten konservativen und liberalen Parteien verorten, ohne dass damit ein Werturteil über den Grad ihrer ideologischen Radikalität oder gar ihre System- oder Demokratiefeindschaft gefällt würde« (ebd.: 259).

Nach der Parteigründung wurde in der Öffentlichkeit und Wissenschaft viel darüber diskutiert, ob die AfD als rechtspopulistisch einzustufen sei (vgl. u.a. Wolf 2017). Inzwischen stellt sich jedoch vielmehr die Frage, ob die Partei noch als rechtspopulistisch beschrieben werden kann oder nicht vielmehr dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden muss. Schroeder et al. verweisen darauf, dass für diese Entwicklung »die Mobilisierung der AfD gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ab Herbst 2015« (Schroeder et al. 2017: 6) als prägend angesehen werden kann. In diesem Zusammenhang sei auch auf die monatelangen öffentlichen Diskussionen über eine mögliche Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz hingewiesen (vgl. Biermann 2018: online). Im Januar 2019 wurde die gesamte AfD schließlich vom Verfassungsschutz als »Prüffall«² eingestuft, während einige Teile der Partei sogar zum »Verdachtsfall«³ erklärt wurden (vgl. Tagesschau 2019: online). Diese Radikalisierung verläuft demzufolge parallel zu Erfolg und Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem und den damit einhergehenden gestiegenen Einflussmöglichkeiten bundesweit. Dabei stellt die AfD die Themenschwerpunkte Zuwanderung und Asyl stetig in den Vordergrund ihrer politischen Forderungen. Es ist anzunehmen, dass der vermehrte gesellschaftspolitische Einfluss der AfD Entwicklungen verursacht, die sich vor allem auf die Menschen auswirken, die immer wieder ins Fadenkreuz der AfD-Propaganda gerückt werden – Geflüchtete⁴. Daher untersucht die folgende Studie, welche Auswirkungen die von der AfD verbreiteten Ideologien auf die Lebenssituation(en) Geflüchteter in Deutschland haben.

Der erste Teil unserer Untersuchung fokussiert die Frage nach der ideologischen Ausrichtung der AfD, wobei vor allem die Themenschwerpunkte Zuwanderung, Asyl und Islam eine Rolle für die Analyse spielen. Als theoretischer

-
- 2 Ein Prüffall stellt die Vorstufe des Verdachtsfalls dar. Dabei dürfen noch keine nachrichtendienstlichen Mittel zum Sammeln von Informationen eingesetzt werden (vgl. Kehlbach 2019: online).
 - 3 Bei der Einstufung einer Partei als Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz kann dieser nachrichtendienstliche Mittel einsetzen, um Informationen sammeln und auswerten zu können (vgl. Kehlbach 2019: online).
 - 4 Der Begriff »Geflüchtete« wird nicht im juristischen Sinne verwendet, sondern als Sammelbegriff für alle Menschen, die als Schutzsuchende nach Deutschland kommen – unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Daher meint der Begriff nicht nur Personen, die als Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind oder einen anderen Schutzstatus in Deutschland erhalten haben, sondern auch Menschen, die noch nicht als AsylbewerberInnen registriert sind, sich aktuell noch im Asylverfahren befinden oder deren Asylanträge abgelehnt wurden. (Vgl. Brücker et al. 2016: 1)

Rahmen (2.) werden zunächst die Begriffe Rechtspopulismus (2.1), Rechtsextremismus (2.2) sowie ein Vergleich der beiden Ideologien (2.3) vorgestellt. Diese dienen im Anschluss dazu, die Politik der AfD einer ideologischen Ausrichtung zuordnen zu können. In einem nächsten Schritt steht die Partei selbst im Vordergrund (3.): Hierfür wird zunächst die Entwicklung der AfD dargestellt (3.1) und darauf aufbauend Gründe für ihre (Wahl-)Erfolge erläutert (3.2). Der vierte Schritt stellt eine quellenbasierte Analyse der AfD-Politik (4.) dar, mit Blick auf deren Positionen zu Asyl, Zuwanderung und Islam. Die Analyse der politischen Positionen in einem ersten Schritt ist notwendig, um aufzuzeigen, in welchem Umfang die Thematik Migration und Flucht von der Partei genutzt wird. Außerdem soll eine Einordnung der Partei in den Kontext von Rechtspopulismus/ -extremismus verdeutlichen, in welchem Ausmaß die ideologischen Positionen auf Geflüchtete in Deutschland durch die bundesweite Etablierung der Partei einwirken. Für eine bessere Nachvollziehbarkeit der einzelnen Analyseschritte wird dazu zunächst das methodische Vorgehen (4.1) beschrieben. Danach folgt die Analyse, die an programmatischer sowie ideologischer Ebene ansetzt: Zur Analyse der AfD-Programmatik wird das Wahlprogramm der Partei für die Bundestagswahl 2017 detailliert auf politische Forderungen und dahinterliegende ideologische Vorstellungen untersucht. Zudem erfolgt eine Zuordnung der Analyseergebnisse zu Rechtspopulismus sowie -extremismus (4.2). Auf ideologischer Ebene (4.3) wird die AfD anhand von drei Faktoren analysiert: Dabei stehen die Positionen der AfD zu den oben genannten Themenschwerpunkten in ihren parlamentarischen Initiativen im Bundestag (4.3.1) sowie bei öffentlichen Auftritten von FührungsfunktionärInnen der Partei (4.3.2) im Zentrum. Außerdem erfolgt eine Darstellung der Netzwerke zwischen Abgeordneten der AfD und Organisationen der extremen Rechten (4.3.3), um insgesamt eine Zuordnung der Partei zu einer ideologischen Ausrichtung (Rechtspopulismus/ -extremismus) vornehmen zu können. Es folgt ein Zwischenfazit (4.4), welches die zentralen Ergebnisse des ersten Teils der Untersuchung zusammenfasst, sowie daraus resultierende Annahmen begründet darlegt. Diese sind als Ausgangspunkt für den zweiten empirischen Teil der Untersuchung von Bedeutung.

Der zweite Teil fokussiert insbesondere die Frage, welche Auswirkungen die zuvor analysierten ideologischen Positionen der AfD auf die Lebenssituation(en) Geflüchteter in Deutschland ausüben. Hierfür werden zunächst bereits existierende Studien, die sich mit der Lebenssituation Geflüchteter in Deutschland beschäftigen, vorgestellt. Dieser Forschungsstand (5.) dient dazu, ein

(mögliches) Forschungsdesiderat zu begründen. Im nächsten Schritt wird das Forschungsdesign des empirischen Teils der Untersuchung detailliert erläutert (6.), um so dem Prinzip der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit zu entsprechen. Dafür wird zum einen die Wahl und Durchführung der Erhebungsmethode, des explorativen ExpertInneninterviews, dargestellt (6.1). Zum anderen werden die Wahl und das methodische Vorgehen der Datenauswertung vorgestellt (6.2). Hierbei wurde eine inhaltsanalytische Technik zur Auswertung von Leitfadeninterviews in Anlehnung an Christiane Schmidt (2013) gewählt. Anschließend folgen kurze Fallvorstellungen der InterviewpartnerInnen und ihrer Tätigkeitsbereiche (7.), sodass die Lesenden die Ergebnisse der Datenauswertung in einen Kontext einzuordnen wissen. An diese Fallvorstellungen schließen Darstellung und Diskussion der Ergebnisse aus der Datenauswertung an (8.). Hierfür werden zunächst die zentralen Ergebnisse anhand von den erarbeiteten Haupt- und Unterkategorien dargestellt und interpretiert (8.1). Die Interpretation der Ergebnisse erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund der Analyse der AfD-Politik des ersten Teils der Untersuchung. Dadurch findet eine Verknüpfung beider Analyseteile statt. Diese zentralen Ergebnisse werden in einem nächsten Schritt theoretisch gerahmt (8.2). Hierfür dient die Theorie Zygmunt Baumans zur Ambivalenz in der Moderne (2005), mit besonderem Augenmerk auf seinen Überlegungen zu Fremden als TrägerInnen von Ambivalenz (8.2.1/ 8.2.2). Das Kapitel umfasst zudem einen Exkurs (8.2.3), der positive Entwicklungen für Geflüchtete in einen Bezug zu der von Bauman angestrebten Solidarität setzt. Das Kapitel schließt mit einer Diskussion der Ergebnisse (8.3) ab. Die Untersuchung endet mit einem Fazit (9.), welches vor allem die zentralen Ergebnisse aus dem ersten sowie aus dem zweiten Teil miteinander verknüpft darstellt.

Die Untersuchung verfügt über ein Glossar, welches wichtige Begrifflichkeit kurz definiert. Alle Begriffe, die das Glossar beinhaltet, sind im Text mit einem * markiert.